21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 21(22)199
vom 8. November 2026

Stellungnahme Deborah Hartmann
Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz

zu TOP 1 der 31. Sitzung am 11. November 2026:

Jüdisches Leben schützen, Antisemitismus entgegentreten:
Lehren aus dem 9. November 1938

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

GEDENK- UND
BILDUNGSSTÄTTE
HAUS DER
WANNSEE-KONFERENZ

WWW.GHWK.DE

HAUS DER WANNSEE-KONFERENZ • AM GROSSEN WANNSEE 56–58 • 14109 BERLIN

Deborah Hartmann
Direktorin

Telefon +49 (0)30 • 2179986-00
E-Mail: direktion@ghwk.de

Berlin, den 8. November 2026

Zäsuren – Ist jetzt wieder nie?
Deborah Hartmann, Direktorin Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz

Der 9. November 1938 war für viele Jüdinnen und Juden in Deutschland eine Zäsur. In dieser Nacht und den darauffolgenden Tagen kulminierte die schrittweise Demütigung und Ausgrenzung seit der Machtübergabe an die Nationalsozialist:innen in einer Eruption antisemitischer Gewalt. Wenige Tage nach dieser Gewaltorgie äußerte Hermann Göring den Satz: „Im Übrigen muss ich noch einmal feststellen: Ich möchte kein Jude in Deutschland sein." Mit dieser zynischen Aussage bezog er sich nicht auf die Demütigungen, Verletzungen und die Morde, die im Kontext der Pogrome von Deutschen Volksgenossen an jüdischen Bürger:innen verübt wurden. Er meinte die wirtschaftlichen und finanziellen Bürden, die der deutsche Staat den Jüdinnen und Juden als sogenannte „Sühneleistung" auferlegte, um sie so noch ein weiteres Mal kollektiv zu demütigen und ihre systematische wirtschaftliche Ausschaltung, Enteignung und finanzielle Ausplünderung umzusetzen.

In den Familiengedächtnissen deutscher und österreichischer jüdischer Familien nimmt der 9. November daher einen besonderen Platz ein. Für viele sind die Pogrome und die nachfolgenden Inhaftierungen in Konzentrationslagern wie Dachau und Buchenwald die letzten Erinnerungen an die alte Heimat. Sie erinnern an Ausgrenzung, Zerstörung, Verlust, Gewalt – und die Entsolidarisierung ihrer Nachbar:innen.

Retrospektiv wird das Novemberpogrom allerdings oft als eine Art „Vorspiel" der Vernichtung wahrgenommen. In Deutschland hat man sich angewöhnt, die Geschichte des Holocaust von ihrem Ende her zu erzählen: dem millionenfachen, geradezu industriell organisierten und durchgeführten „Verwaltungsmassenmord" in den Vernichtungslagern „im Osten". Oft wird dafür auch die im Januar 1942 in Berlin durchgeführte Besprechung am Wannsee, die „Wannsee-Konferenz", als Beleg herangezogen: Der Massenmord geschah anderswo, er entzieht sich dem

Vorstellbaren. Auch darum hat die These von der „Singularität des Holocaust“ gerade in Deutschland eine so große Bedeutung erlangt.

Davon weicht die jüdische Wahrnehmung ab. Das Verbrechen ist in seinem Ausmaß der Beteiligung, der geographischen Ausweitung und der Totalität der Opfer „präzedenzlos“, aber es steht in Beziehung zu früheren und späteren Erfahrungen der gewaltsamen Ausgrenzung und Ermordung in der jüdischen Geschichte. Es ist Teil einer Geschichte des Antisemitismus, in der das Pogrom vom 9. und 10. November 1938 ebenfalls eine besondere Stellung einnimmt. In den Familiengedächtnissen sind außerdem auch jene Formen antisemitischer Ausgrenzung und Gewalt nach wie vor sehr präsent, die im allgemeinen Fokus auf die totale und subjektlose Massenvernichtung verschwinden: alltägliche Diskriminierung und Erniedrigung, willkürliche physische Gewalt, Pogrome, Raub, Zerstörung und unmittelbare Mordaktionen von Angesicht zu Angesicht. All dies geschah vor und nach dem 9. November 1938 in großer Zahl und hat die Wahrnehmung sowohl derer geprägt, die kurz danach noch aus Deutschland und Österreich fliehen konnten, als auch derer, die die Verfolgung, Deportation und die Lager überlebten.

Der 9. November 1938 steht für die Sichtbarkeit dieser antisemitischen Gewalt. Er steht für die Bereitschaft mitzumachen und weg zu schauen. Er steht für den Umschlag von Hass, Propaganda und wahnhafter Judenfeindschaft in physische Gewalt und Zerstörung. Er steht dafür, was aus der Mitte einer zivilisierten, „anständigen“ Gesellschaft heraus entstehen kann, wenn diese Gesellschaft sich auf Ideologie, autoritäre Positionen, Lügen und „einfache“ Lösungen für komplexe gesellschaftliche, ökonomische und technologische Herausforderungen einlässt. Es steht für eine Form projektiver Weltwahrnehmung, in der die eigene brüchige Identität nur durch die gewaltsame Abgrenzung von einem als Gegen-Prinzip stilisierten „Gegner“ gesichert werden kann.

Bis heute erscheint es paradox, dass der Holocaust nicht etwa in jenen Ländern Europas erdacht und verwirklicht wurde, in denen der Antisemitismus und der Hass auf Juden auf eine lange Tradition zurückblicken konnte und gesellschaftlich tief verwurzelt war, sondern in Deutschland, wo die Integration und gesellschaftliche Teilhabe von jüdischen Deutschen bereits weit fortgeschritten war. So symbolisiert der 9. November 1938 letztlich auch das Versagen demokratischer Resilienz, das Scheitern von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen – Schule, Verwaltung, Polizei, Medien – beim Schutz ihrer Bürger:innen, die stattdessen den Boden bereiteten für die administrative Absicherung und gesellschaftliche Durchsetzung antisemitischer Ausgrenzung und Gewalt.

Sowohl die gewaltsamen konkreten Handlungen vom 9. und 10. November 1938 als auch das Wegschauen und Geschehen-lassen drohen im erinnerungskulturellen Umgang mit dem Novemberpogrom zu verschwinden. Erinnert werden – auch aufgrund der nur wenigen visuellen Zeugnisse, die von dieser Nacht überliefert sind – vor allem brennende Gebäude und zerstörte Schaufenster. Der 9. November 1938 steht zunehmend für einen kulturellen Verlust und wird nicht als Ereignis pogromartiger Gewalt wahrgenommen, die sich nicht nur gegen Gebäude und Besitz, sondern ganz unmittelbar gegen Menschen, Leib und Leben, ja in einem umfassenden Sinne gegen das Sicherheitsempfinden und ein für das soziale Zusammenleben unerlässliches Grundvertrauen richteten. Der „Zivilisationsbruch“ begann nicht erst in den Zügen, die in Richtung der Vernichtungslager fuhren. Er manifestiert sich in diesen Tagen im November 1938, vorbereitet von Ereignissen wie dem Aprilboykott 1933 und gefolgt von der Verschleppung der jüdischen Bevölkerung in aller Offenheit, vor den Augen ihrer Nachbar:innen. Doch diese Erfahrung verblasst zunehmend in der erinnerungskulturellen Wahrnehmung des 9. November 1938 als distanziert betrachtetem Akt einer nahezu ohne konkret handelnde Akteure durchgeführten, naturwüchsigen Zerstörung.

- Heute wird gefragt, was die Lehren aus dem 9. November 1938 für jüdisches Leben in Deutschland und den Umgang mit einem wieder erstarkenden Antisemitismus sind.

Das Konzept der „Lehren aus der Vergangenheit“ ist ganz grundsätzlich schwierig, denn es suggeriert, diese Lehren resultierten quasi automatisch aus dem, was in der Vergangenheit geschehen ist. Aber so ist es nicht. Was und wie ich die Vergangenheit wahrnehme, ist maßgeblich durch meine Wahrnehmung der Gegenwart geprägt. Auch die Lehren resultieren zuvorderst aus dieser Gegenwart und werden durch Erfahrungen der Vergangenheit begründet oder legitimiert. Dazu kommt, dass die Vergangenheit – wie gezeigt – im Rückblick ganz unterschiedlich und oft selektiv wahrgenommen wird. Aufgrund dieser Wahrnehmung können bestimmte „Lehren“ gar nicht wirksam werden. Ist das Novemberpogrom ein „Vorspiel der Vernichtung“, dann ist der organisierte Massenmord in den Vernichtungslagern der Maßstab für die Wahrnehmung des heutigen Antisemitismus. Solange es keine Deportationszüge und Gaskammern gibt, scheint das Problem also noch nicht so gravierend zu sein. Nimmt man aber die Alltagserfahrung antisemitischer Demütigung, Ausgrenzung und Gewalt, die Erschütterung des normativen Sicherheitsempfindens, wie es der Historiker Dan Diner in Anschluss an Hannah Arendt nennt, zum Ausgangspunkt, um über die Lehren des 9. November 1938 nachzudenken, dann würden diese ganz anders aussehen. Heute sehen sich Jüdinnen und Juden wieder mit Situationen konfrontiert, die ihr eigenes Lebens- und Existenzrecht in Frage stellen. Sie erfahren Ignoranz, Wegsehen und Isolation. Antisemitische Bedrohungen werden relativiert oder in

Frage gestellt. Der Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe – allein durch massive Sicherheitsvorkehrungen an jüdischen Einrichtungen oder No-Go-Areas in deutschen Städten – wird als Normalität hingenommen, teilweise sogar als „Schutz“ und nicht als auf Dauer gestellte Einschränkung jüdischen Lebens verklärt.

Diese Erfahrung hat sich seit dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 intensiviert und ist – wie die genozidale Gewalt jenes Tages – explodiert. Sie bestimmt heute große Teile jüdischen Lebens in und außerhalb Israels direkt oder indirekt. Dabei ist der Eindruck, dass die in allen gesellschaftlichen Bereichen präsente und aus allen politischen und ideologischen Richtungen kommende Bedrohung jüdischen Lebens als „neue Normalität“ weitgehend hingenommen wird, allein schon Ausweis einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Krise – selbst dann, wenn dieser Eindruck lediglich subjektiv wäre, wie es manche in vollendetem Zynismus den Betroffenen von Antisemitismus unterstellen.

Gehört es zur neuen Normalität, dass ein jüdischer Student von einem Kommilitonen verprügelt wird, weil er ein „Zionist“ sei? Ist es normal, dass eine kleine linke Kneipe im Berliner Bezirk Neukölln unter Polizeischutz steht, nur weil sie sich mit Antisemitismus auseinandersetzt und solidarisch mit Israelis und Israel erklärt? Finden wir es normal, dass Wahlplakate, die für jüdisches Leben in Deutschland werben, ausschließlich vor jüdischen Schulen hängen und nicht in den übrigen Bezirken einer Stadt wie Berlin? Wollen wir akzeptieren, dass man sich mit Antisemitismus in der eigenen Partei erst dann beschäftigt, wenn die Wahl vorbei ist und womöglich auch mit Hilfe antiisraelischer Stimmen gewonnen wurde? Ist es Teil der Normalität, wenn jüdische Studierende, die sich nicht von einer Politik des Rassismus und der Geschichtsrelativierung vereinnahmen lassen wollen, auf offiziellem Briefpapier eines Landesparlaments verunglimpft und antisemitische Terroranschläge verharmlost werden?

Jüdisches Leben ist eben nicht normal in Deutschland. Es ist „schützenswert“ und gerade darum ist es offensichtlich nicht selbstverständlich. Zwar ist das Bekenntnis „Nie wieder ist jetzt“ in aller Munde, aber viele Jüdinnen und Juden haben dennoch den Eindruck, das jetzt wieder nie ist. Ihre Zäsur ist nicht die Zäsur der Mehrheitsgesellschaft. Die Normalität wird der neuen Realität angepasst, während sie für Jüdinnen und Juden zerbricht: Lernen unter Polizeischutz oder lieber von Zuhause als auf dem Campus, die Kette mit dem Davidstern oder die Kippa lieber unter dem Hemd oder der Mütze versteckt, zwei Mal überlegen, ob man ins Theater oder auf das Filmfestival geht, Unbehagen, wenn in der Schlange an der Supermarktkasse ganz beiläufig von „Schuldkult“, „Lügenpresse“ und „Remigration“ gesprochen wird, Beleidigungen und sogar die Erfahrung physischer Gewalt als Möglichkeit stets mitzudenken. Jüdische Normalität ist geprägt von dieser Erschütterung normativen Sicherheitsempfindens und von einer Erosion der Sprache:

Zionismus, Völkermord, Genozid, Widerstand, Opfer. Es gibt keine gemeinsame Sprache mehr. Begriffe verändern und verlieren ihre Bedeutung. Kommunikation wird zunehmend zur Erfahrung von Isolation.

All dies geschieht vor dem Hintergrund der Erinnerung an Ausschluss und Ausgrenzung, die bis heute fortwirkt. Der Geschichtsrevisionismus der AfD, gewaltverherrlichende Forderungen wie „Yallah Intifada“ in linken Kreisen oder Angriffe auf die Erinnerungskultur durch Slogans wie „Free Gaza from German Guilt“ tragen dazu bei, dass sich dies weiter festsetzt. Hinzu kommt das Verhalten nichtjüdischer Intellektueller nach dem 7. Oktober, die zunächst sprachlos waren und erst dann zu sprechen begannen, als die Reaktion Israels kritisiert werden konnte. Als unerträglich erweist sich zudem, dass zahlreiche Politiker:innen – vor allem aus dem linken Spektrum – selbst drei Jahre nach dem 7. Oktober nicht über die willkürliche Ermordung von Menschen in Israel sprechen konnten, ohne diese Erinnerung mit einem Verweis auf den Israel unterstellten Völkermord zu relativieren.

Dabei wäre es – gerade mit Blick auf die Lehren aus dem 9. November 1938 – recht einfach, in dieser Situation angemessen zu reagieren. Entscheidend für den Umgang mit der Erfahrung der antisemitischen Ausgrenzung und Gewalt ist nicht – darauf hat Hannah Arendt prominent hingewiesen – was unsere Feinde tun, sondern wie unsere Freunde reagieren. Dass ausgerechnet diejenigen, die für eine offene, demokratische, solidarische, inklusive, sichere und gerechte Gesellschaft eintreten, nun schweigen, sich abwenden, Antisemitismus und antisemitische Gewalt verharmlosen, Jüdinnen und Juden raten, vielleicht nicht allzu sichtbar zu sein und aufzufallen und damit die neue antisemitische „Normalität“ anerkennen, ist der eigentliche Schlag gegen jüdisches Leben in Zeiten grassierendem Antisemitismus. Diese Menschen könnten einen großen Unterschied machen, aber dies setzt voraus, sich zu positionieren, einzugreifen, zu handeln – und Grenzen zu ziehen und diese durchzusetzen, wo es unangenehm wird, weil man es sich vielleicht mit den „eigenen Leuten“ verscherzt.

Aber anstatt eine solche Bereitschaft zur Positionierung und zum Handeln zu unterstützten, geschieht das Gegenteil. Der Kampf gegen Antisemitismus wird zum Spielball parteipolitischer Interessen. Während die reale Bedrohung von Jüdinnen und Juden von der einen Seite relativiert, verharmlost und in Frage gestellt wird, wird sie von der anderen Seite für eigene politische und ideologische Ziele instrumentalisiert. Ein trauriges Beispiel ereignete sich in diesen Tagen. Die ehemalige Staatsministerin für Kultur, Claudia Roth, revidierte im Gespräch mit einem einschlägig bekannten Podcaster, ihre entschiedene Haltung gegen den Missbrauch einer Kulturveranstaltung für antiisraelische Propaganda, die in der veränderten „neuen Normalität“ leicht zum Nährboden für Antisemitismus werden

kann. Worauf soll man vertrauen, wenn die Haltung einer in Verantwortung stehenden Politikerin so leicht zur Makulatur werden kann?

Dabei ist das Gegenstück zum Paradox, dass gerade in Deutschland, das sich im Vergleich zu anderen Ländern nicht durch eine besonders große Affinität zum Judenhass auszeichnete, der Holocaust erdacht und umgesetzt wurde, die bis heute erstaunliche Tatsache, dass es hierzulande überhaupt jüdisches Leben gibt. Dass Jüdinnen und Juden hiergeblieben, zurückgekommen oder hierhergekommen sind, ist kein Geschenk, keine Wiedergutmachung, keine Auszeichnung. Es ist eine Realität, die dazu verpflichtet, das normative Sicherheitsempfinden aller Menschen, also auch von Jüdinnen und Juden, zu garantieren und mit allen Mitteln durchzusetzen.

Vor dem Hintergrund der Zäsuren, mit denen die jüdische Erfahrung in Deutschland durchzogen ist – und dazu zählt entscheidend auch die Erfahrung des Pogroms im November 1938 – ist es mehr als verständlich, dass dieses Sicherheitsempfinden bis heute fragil und prekär ist. Nicht verständlich ist, dass diese Fragilität durch die Systematik, mit der die jüdische Erfahrung von Antisemitismus schon vor, aber noch einmal verstärkt nach, den Massakern vom 7. Oktober bestritten und verharmlost wird, noch weiter verstärkt wird. Es ist an Zynismus kaum zu überbieten, wenn der ehemalige Leiter eines Instituts zur Erforschung des Antisemitismus ernsthaft in der Öffentlichkeit erklärt, Jüdinnen und Juden hätten ja schon immer behauptet, in Deutschland auf gepackten Koffern zu sitzen, weshalb ihre Sorge vor einem Erstarken antisemitischer Positionen in Politik und Gesellschaft scheinbar übertrieben oder eingebildet sei.

Die Entwicklungen nach dem 7. Oktober 2023 sind für viele Jüdinnen und Juden eine weitere Zäsur, die sich nicht einfach mit dem Versprechen „Nie wieder ist jetzt“ kitten lässt. Doch Jüdinnen und Juden leben heute in Deutschland glücklicherweise nicht in einer vergleichbaren Situation wie 1938. Damit das heutige jüdische Leben auch weiterhin Ausdruck der Negation von Görings zynischem Wunsch vom 12. November 1938 bleibt und dieser sich nicht – befördert durch fehlende Haltung und falsche Toleranz für Polarisierung, Relativierung, Spaltung, Ausgrenzung und Entsolidarisierung – bewahrheitet, ist ein unverstellter Blick auf den Gewaltzusammenhang der Vergangenheit und die Zäsuren der Gegenwart notwendig. Erst wenn die Erschütterung des Sicherheitsempfindens von Jüdinnen und Juden ernst genommen und die Relativierung antisemitischer Bedrohungen gestoppt werden, kann der disruptiven Kraft einer sich stetig wandelnden und gesellschaftlichen, ökonomischen und technologischen Herausforderungen angepassten antisemitischen Weltwahrnehmung erfolgreich entgegen gewirkt werden.